

Vereinfachung der Rechtsinstrumente

Redebeitrag von Maria Berger, MEP, SPE

Zusammenfassung

Bei der Reform der Akte der Gesetzgebung der Europäischen Union müssen zwei grundsätzliche Unterscheidungen getroffen werden:

- 1) Verbindliche Instrumente und nicht verbindliche Instrumente
- 2) Bei den verbindlichen Instrumenten muss zwischen legislativen und exekutiven Akten unterschieden werden

Generelle, allgemein gültige und rechtsverbindliche Instrumente sind als Instrumente der Gesetzgebung zu klassifizieren und könnten sich auf folgende Instrumente beschränken:

- Europäisches Verfassungsgesetz ersten Ranges
- Ausführende Verfassungsgesetze zweiten Ranges
- Europäisches oder Unionsgesetz - das sollte in Wirkung und Anwendungsbereich die jetzige Verordnung ablösen
- Europäisches Rahmengesetz - dies sollte in Wirkung und Anwendungsbereich die jetzige Richtlinie ablösen

Dieses Instrumentarium sollte ausreichend sein, um die generelle Rechtssetzung abzudecken, auch die der jetzigen dritten Säule. Eine Hierarchie der Normen wäre damit auch klar gegeben (nämlich zuoberst die Europäische Verfassung, dann die ausführenden Verfassungsgesetze und gleichrangig das einfache Europäische Gesetz und das Europäische Rahmengesetz). Eine Bindung der Rechtsform des Europäischen Gesetzes oder des Europäischen Rahmengesetzes an einen bestimmten Anwendungsbereich sollte nicht vorgesehen werden und dort wo sie derzeit in einzelnen Artikeln der Verträge vorgesehen ist, aufgehoben werden. So wie die derzeitige weitgehende Wahlfreiheit zwischen Verordnung und Richtlinie beibehalten werden soll, sollte auch die jetzige Flexibilität in der Handhabung der jeweiligen Rechtsform beibehalten werden.

Als den Akten der Gesetzgebung klar untergeordnete Akte der Durchführung sollten im Bereich der rechtsverbindlichen Instrumente folgende Formen zur Verfügung stehen:

- 1) Durchführungsverordnung oder Richtlinie:
allgemein und verbindlich, aber in der Ausführung eines Europäischen Gesetzes oder Rahmengesetzes und den dort vorgegebenen Einschränkungen, inklusive eines call-back-Verfahrens. Hier einzuordnen wären auch Europäische Technische Normen die zur Entlastung des Gesetzgebers verstärkt eingesetzt werden könnten.
- 2) Entscheidung:
verbindliches Instrument in individuellen Fällen

Auch wenn von der Rechtsform nicht automatisch die für die Rechtssetzung zuständigen Akteure abgeleitet werden können, so wäre doch folgerichtig der hier als Gesetzgebung bezeichnete Teil Aufgabe des Europäischen Parlaments und des Rates als Legislativrat mit Initiativrecht der Kommission und die durchführenden Aufgaben wären im wesentlichen Sache der Kommission oder eines europäischen Normungsinstitutes.

Das Gesetzgebungsverfahren sollte im Regelfall ein verbessertes Mitentscheidungsverfahren sein - verbessert speziell was die frühere Zusammenarbeit zwischen den beiden "Kammern" (Europäisches Parlament und legislativer Rat) betrifft. Die Fristen sollten gestrafft werden, insbesondere für den Rat, was die Erarbeitung des gemeinsamen Standpunktes betrifft und die Beamten der Mitgliedstaaten im Vermittlungsausschuss sollten durch kompetente politische Vertreter ersetzt werden.

Im Bereich der verbindlichen Instrumente der GASP wären insbesondere die Gemeinsame Strategie, die Gemeinsame Aktion und der Gemeinsame Standpunkt beizubehalten, wobei deren Verbindlichkeit klarer gemacht werden müsste und auch die Konsequenzen eines Verstoßes dagegen deutlicher sein müssten.

Ein spezifischer Status sollte für Europäische Programme wie dem Forschungs- und Entwicklungsprogramm eingeführt werden. Denn diese sind nicht so klar als Gesetzgebung oder budgetäre Programme einzuordnen.

Im Bereich der unverbindlichen Handlungsnormen wäre es im Sinne der Verständlichkeit und des Marketings nicht so schlecht, die bisherige Vielfalt und Fantasie in den Bezeichnungen beizubehalten, solange keine Verwechslung mit verbindlichen Instrumenten möglich ist.